

ZBB 2008, 193

WpHG § 13 Abs. 1 Satz 3, § 37b; KapMuG § 4

Zukunftsbezogene Umstände als veröffentlichungspflichtige Insiderinformationen i. S. v. § 13 Abs. 1 Satz 1 WpHG („Musterverfahren DaimlerChrysler“)

BGH, Beschl. v. 25.02.2008 – II ZB 9/07 (OLG Stuttgart), ZIP 2008, 639 = BB 2008, 855 = DB 2008, 977 = WM 2008, 641 = EWIR 2008, 317 (Wilsing/von der Linden)

Amtliche Leitsätze:

1. Veröffentlichungspflichtige Insiderinformationen i. S. v. § 13 Abs. 1 Satz 1 WpHG können auch zukunftsbezogene Umstände, wie Pläne, Vorhaben und Absichten einer Person sein, wenn die Tatsachen, auf die sie sich beziehen, sich zwar noch nicht endgültig manifestiert haben, jedoch i. S. d. § 13 Abs. 1 Satz 3 WpHG hinreichend präzise sind und ihre Verwirklichung hinreichend wahrscheinlich ist.

ZBB 2008, 194

2. Das Tatbestandsmerkmal der hinreichenden Wahrscheinlichkeit i. S. d. § 13 Abs. 1 Satz 3 WpHG ist jedenfalls dann erfüllt, wenn eine „überwiegende“ Wahrscheinlichkeit – d. h. eine Eintrittswahrscheinlichkeit von über 50 % – besteht.

3. Der Tatrichter darf bisher streitige Tatsachen nur dann als zugestanden ansehen, wenn die betroffene Partei ihre Absicht, sie bestreiten zu wollen, unmissverständlich fallen gelassen hat. Im Zweifel hat das Gericht im Rahmen der ihm obliegenden Erörterungs- und Fragepflicht eine eindeutige Prozessklärung der betroffenen Partei herbeizuführen.